

EU kämpft gegen Flüchtlingsstrom

Rhein-Zeitung
28.8.2006

Grenzschutztruppe kann Einwanderer nicht stoppen – Rassismus nimmt zu

Der Herbst steht vor der Tür, die See wird rauer, die Überfahrt von Afrika nach Europa gefährlicher. Deshalb machen sich in diesen Tagen besonders viele illegale Einwanderer auf den Weg nach Europa.

■ Von unserem Redaktionsmitglied Sonja Lindenber



Illegale Immigranten kommen im Hafen von Teneriffa an. Viele sterben bei der risikoreichen Überfahrt. ■ Foto: dpa

Kleine Boote, kaum schwimmtauglich, landen mit verzweifelten, ausgehungerten Menschen an den Küsten Maltas, Spaniens oder Italiens. Es sind Flüchtlinge aus Afrika: aus Eritrea, Somalia oder dem Kongo. Nicht alle Bootsinsassen überleben die Überfahrt. Trotzdem reißt der Flüchtlingsstrom nicht ab. In der vergangenen Woche sind innerhalb von 24 Stunden mehr als 300 Migranten allein auf den Kanarischen Inseln gestrandet. Seit Anfang August erreichten damit etwa 3000 Bootsflüchtlinge die Kanaren, zehn Mal so viel wie im gesamten August des Vorjahres.

Um diesen Zustrom zu stoppen und Flüchtlingsdramen zu verhindern, arbeitet die Europäische Union an einer mobilen Eingreiftruppe, die die europäischen Grenzen schützen soll. Vor den Kanaren beteiligt sich die EU schon mit zwei Schiffen und zwei Flugzeugen an den Küstenkontrollen. Doch selbst eine größere Anzahl an EU-Schiffen wird den Flüchtlingsstrom nicht stoppen können: Denn diese Menschen fliehen vor Hunger und Armut, und sie sind bereit, ihr Leben dabei zu riskieren.

Gemeinsame Lösung finden

„Die Einsatztruppe bekämpft nicht die Ursachen der illegalen Immigration“, sagt Klaus J. Bade vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Deshalb wird sie das Problem auch nicht lösen. Allerdings könnte sie das Geschäft mit

den Flüchtlingen erschweren. Denn für Schleuserbanden ist die illegale Migration inzwischen ein lukratives Geschäft. „Daher müssen supranationale Lösungen gefunden werden, die von Europa und von Afrika mitgetragen werden“, sagt Bade.

Ansatzpunkte finden sich auch in Europa. Denn die Arbeitskraft der Einwanderer wird hier vom Billig-Lohn-Sektor genutzt. In Teilen von Italien und Spanien arbeiten die Illegalen auf den Feldern als Erntehelfer oder auf dem Bau. „Um dies zu verhindern, müsste man auch die nationalen Arbeitsmärkte umgestalten und stärkere Sanktionen für Schwarzarbeit einführen“, sagt Steffen Angenendt, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Migrationsexperte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Es müssen langfristige Lösungen gefunden werden. Neben der Bekämpfung der Armut in Afrika zählen dazu auch legale Zugangsmöglichkeiten für Saisonarbeiter, Hochqualifizierte oder Selbständige in Europa. „Es könnten Zeitarbeitsverträge abgeschlossen werden, welche einen Familiennachzug ausschließen“, sagt Bade. Dies könnte auch in den nördlichen EU-Ländern erfolgen, die bisher wenig von

dem Problem betroffen sind. Denn nach der derzeitigen Asyl-Regelung müssen Asylbewerber in dem Land bleiben, in dem sie ankommen.

Südeuropa fühlt sich allein

Deshalb ist das Thema illegale Einwanderung auch in den betroffenen Ländern besonders heikel, sie fühlen sich von der EU alleine gelassen. Die Flüchtlingslager auf Malta zum Beispiel sind überfüllt, die Migranten beschwerten sich über ihre Situation. Sie werden hier – ähnlich wie in Italien und Spanien – bis zu 18 Monate in Haft genommen. Es kam sogar schon zu Ausschreitungen zwischen den Flüchtlingen und der Polizei.

Rechtsextreme Gruppierungen protestieren in dem kleinen Inselstaat regelmäßig gegen die Einwanderer, die Zahl ihrer Anhänger vermehrt sich stetig. „Diese Gruppen versuchen, die Situation auszunutzen und daraus politisches Kapital zu schlagen“, sagt Angenendt.

Dabei erinnert die Lage an Europas Südgrenzen an die Situation in Deutschland zu Beginn der 90er-Jahre, als Spätaussiedler aus Osteuropa und auch Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten im ehemaligen Jugoslawien einreisten. Auffanglager in Turnhallen

wurden eingerichtet. Rechtsradikale Gruppen fanden Zuspruch. Angenendt: „Viele Gemeinden hatten damals auch in Deutschland das Gefühl, mit der Situation nicht umgehen zu können.“

In der Migrationspolitik der EU kann es nicht um ein Verbot der Zuwanderung gehen, sondern nur um einen gemeinsamen Ansatz. Zusammen mit afrikanischen Staaten, aber auch gemeinsam in der EU. Die Binnenländer in Europa halten sich bisher zu sehr raus. So kann Europa nicht funktionieren.

Grenzschutz durch die EU

Eine mobile Eingreiftruppe der Europäischen Agentur für Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex) soll den südlichen EU-Ländern künftig bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme helfen. In Notsituationen können Experten den betreffenden Ländern zur Hilfe eilen. Den Plänen nach werden unter den Kräften der EU Dolmetscher und Sanitäter sein, die die humanitären Probleme entschärfen. Gleichzeitig sorgen mitgeschickte Polizeikräfte dafür, dass keine weiteren Flüchtlinge ankommen. Die Sicherung der Außengrenzen soll zudem durch ein elektronisches System zur Prüfung von Visa verbessert werden.